

## Antrag

**der Abgeordneten Stephan Brandner, Dr. Christina Baum, Marc Bernhard, René Bochmann, Marcus Bühl, Dietmar Friedhoff, Dr. Michael Kaufmann, Jörn König, Edgar Naujok, Bernd Schattner, Jan Wenzel Schmidt und der Fraktion der AfD**

### Verbot der Organisation „Letzte Generation“

Der Bundestag wolle beschließen:

I. Der Deutsche Bundestag stellt fest:

Die Organisation „Letzte Generation“ stellt eine Bedrohung für die verfassungsmäßige Ordnung der Bundesrepublik Deutschland dar. Der Deutsche Bundestag verurteilt die fortgesetzten extremistischen Aktivitäten sämtlicher Gruppierungen und Untergliederungen der „Letzten Generation“ sowie die Begehung von Straftaten durch deren Mitglieder und bewertet diese als gezielten Versuch, unsere verfassungsmäßige Ordnung zu bedrohen.

II. Der Deutsche Bundestag fordert die Bundesregierung auf,

1. unter Zuhilfenahme des Bundesamtes für Verfassungsschutz intensiv aufzuklären, welche konkreten Personen der Organisation der „Letzten Generation“ sich im Zuständigkeitsbereich des Bundesamtes für Verfassungsschutz gegen die verfassungsmäßige Ordnung richten oder den Strafgesetzen zuwider handeln;
2. ein entsprechendes Aufklärungsersuchen ebenfalls an die zuständigen Landesämter für Verfassungsschutz zu richten;
3. zu prüfen, ob die Voraussetzungen für ein Verbot der Organisation „Letzte Generation“ und ihrer Teilorganisationen gegeben sind, ein solches Verbot im Falle des Vorliegens der Voraussetzungen zu erlassen und sofort umzusetzen;
4. sich im Benehmen mit den zuständigen Landesbehörden dafür einzusetzen, dass in Bezug auf ausschließlich lokal agierende Gruppierungen der Organisation „Letzte Generation“ Vereinsverbote nach dem Vereinsgesetz geprüft und im Falle des Vorliegens der Voraussetzungen ausgesprochen werden;
5. alle mittelbaren und unmittelbaren Finanzierungen und Unterstützungen der Gruppierung zu unterlassen und
6. den Deutschen Bundestag zeitnah über das Ergebnis dieser Prüfung und die erlassenen Maßnahmen zu unterrichten.

Berlin, den 9. Mai 2023

**Dr. Alice Weidel, Tino Chrupalla und Fraktion**

## Begründung

Die Letzte Generation ist eine Gruppierung, die sich auf radikale Art und Weise für angeblich mehr Klimaschutz einsetzt. Sie bestimmt durch ihre Aktionen seit Monaten die mediale Berichterstattung und zeigt sich zunehmend radikaler.

Am vergangenen Sonntag, dem 7. Mai 2023, haben sogenannte Aktivisten der Gruppierung „Letzte Generation“ bereits zum zweiten Mal das Denkmal „Grundgesetz 49“ des israelischen Künstlers Dani Karavan am Deutschen Bundestag mit blutroter Farbe beschmiert und so ihre Abneigung gegen die Werte unserer Verfassung unterstrichen. Die Gruppierung fordert zudem, eine „geloste Notfallsitzung einzuberufen, um die Wende einzuleiten: Den Gesellschaftsrat“ (<https://letztegeneration.de/gesellschaftsrat/>). Eine solche Forderung erweist sich als zutiefst undemokratisch: die Bundesrepublik Deutschland ist kein Experimentierfeld für politische Spielereien.

Die Protestgruppe „Letzte Generation“ erregte 2021 erstmals Aufsehen als sieben ihrer Aktivisten einen Hungerstreik im Berliner Regierungsviertel abhielten. Die Gruppe geht davon aus, dass ein Klimakollaps bevorsteht, weshalb sie von der Bundesregierung Maßnahmen gegen die drohende Katastrophe erzwingen wollen. Gemeinsam mit den Klimabewegungen Scientist Rebellion und Debt for Climate stellen sie dazu Forderungen. Sie verlangen zum Beispiel auf ihrer Internetpräsenz zur Verringerung des CO<sub>2</sub>-Ausstoßes ein Tempolimit auf Autobahnen von 100 Kilometer pro Stunde sowie ein Neun-Euro-Ticket (<https://letztegeneration.de/forderungen/> und [www.deutschlandfunk.de/letzte-generation-klima-proteste-aktivisten-100.html](http://www.deutschlandfunk.de/letzte-generation-klima-proteste-aktivisten-100.html)).

Seit Anfang 2022 stürten die sogenannten Aktivisten Straßen und Autobahnzufahrten, indem sie sich auf dem Asphalt festkleben. Außerdem nahmen Aktionen wie etwa im Potsdamer Museum Barberini vor. Dort hatten sie ein mehr als 100 Millionen Euro teures Gemälde von Claude Monet mit Kartoffelbrei beworfen.

Am Morgen des 31. Oktober 2022 wurde eine 44-jährige Radfahlerin im Berliner Stadtteil Wilmersdorf auf der Bundesallee zwischen Nachod- und Spichernstraße von einem Betonmischer überrollt und schwer verletzt sowie eingeklemmt. Die notwendige Rettung erreichte die Unfallstelle nicht rechtzeitig, weil mehrere Mitglieder der radikalen Organisation „Aufstand der letzten Generation“ sich an einer Brücke festklebten und den Zufahrtsweg zur Unfallstelle blockiert hatten. Das für die Bergung der Verletzten angeforderte Spezialfahrzeug konnte die Unfallstelle nicht rechtzeitig erreichen, die Radfahlerin verstarb wenige Tage später. Die radikale Organisation „Letzte Generation“ steht damit erstmalig in einem direkten Zusammenhang zu einem Todesfall.

Auch während der Protestwelle im April 2023 in Berlin wurden zahlreiche Rettungswagen bei ihrer Arbeit behindert: Wie der Berliner „Tagesspiegel“ berichtet, sollen zwischenzeitlich von 127 Rettungswagen nur 14 verfügbar gewesen sein ([www.focus.de/panorama/welt/letzte-generation-in-berlin-nach-blockaden-richten-rettungswagen-wichtigen-appell-an-klima-kleber\\_id\\_191998330.html](http://www.focus.de/panorama/welt/letzte-generation-in-berlin-nach-blockaden-richten-rettungswagen-wichtigen-appell-an-klima-kleber_id_191998330.html)).

Ungeachtet dessen radikalisierte sich die „Letzte Generation“ zunehmend. So wurden bereits die Flughäfen in Berlin und München in ihrem Betrieb empfindlich gestört, so dass der Flugverkehr zeitweise eingestellt werden musste, weil sich Mitglieder der Organisation im Bereich des Rollfelds festgeklebt hatten ([www.sueddeutsche.de/politik/letzte-generation-ber-klimaaktivismus-1-1.5703054](http://www.sueddeutsche.de/politik/letzte-generation-ber-klimaaktivismus-1-1.5703054); [www.tagesschau.de/inland/klimaprotest-letztegeneration-muenchen-103.html](http://www.tagesschau.de/inland/klimaprotest-letztegeneration-muenchen-103.html)).

Bereits im Januar 2023 lagen der Berliner Staatsanwaltschaft 1100 Verfahren zu den anhaltenden Aktionen von Klima-Demonstranten vor. Das teilte die Senatsjustizverwaltung mit. In 399 Fällen seien Verfahren verbunden worden, weil es sich um mehrere Vorwürfe gegen dieselbe Person handele. Offen sind nach den Angaben derzeit 164 Verfahren. 130 Fälle seien eingestellt worden, etwa weil Beweise nicht ausreichen ([www.welt.de/politik/deutschland/article243078553/Letzte-Generation-Staatsanwaltschaft-Berlin-fuehrt-ueber-1000-Verfahren-gegen-Klima-Demonstranten.html](http://www.welt.de/politik/deutschland/article243078553/Letzte-Generation-Staatsanwaltschaft-Berlin-fuehrt-ueber-1000-Verfahren-gegen-Klima-Demonstranten.html)).

Im Sommer 2022 hatte die Welt am Sonntag berichtet, dass die Organisation mittelbar Fördergelder des Bundesministeriums für Wirtschaft und Klimaschutz (BMWK) erhielt. Demnach profitierte die Gruppe von einem Konto, das vom Verein Elinor geführt wird. Die Bundesregierung teilte mit, dass das Ministerium das Projekt „Gruppenkonto“ mit 156.420 Euro über ein Innovationsprogramm unterstützt habe (vgl. Bundestagsdrucksache 20/3097, Antwort auf die Schriftliche Frage 12). Nach Angaben der „Letzten Generation“ habe diese mittlerweile mehr als 118.000 Euro an Zuwendungen gesammelt. Eine Anfrage der Zeitung, wofür das gesammelte Geld genutzt werde, beantwortet die Gruppe nicht ([www.tichyseinblick.de/daily-essentials/das-bundeswirtschaftsministerium-stuetzte-die-letzte-generation-mit-foerdergeldern/](http://www.tichyseinblick.de/daily-essentials/das-bundeswirtschaftsministerium-stuetzte-die-letzte-generation-mit-foerdergeldern/)). Unterstützung erhält die Organisation auch von

der Roten Hilfe, die vom Bundesamt für Verfassungsschutz beobachtet wird ([www.welt.de/politik/deutschland/plus240069137/Letzte-Generation-Strassenblockierer-profitieren-von-Foerdergeldern.html](http://www.welt.de/politik/deutschland/plus240069137/Letzte-Generation-Strassenblockierer-profitieren-von-Foerdergeldern.html)).

Auf der Seite „Wer wir sind“ geben die Mitglieder der „Letzten Generation“ Aufschluss darüber, woher sie ihre finanziellen Mittel beziehen. Der Großteil stamme, so die Aktivisten, aus dem „Climate Emergency Fund“. Dieser ist im Jahr 2019 gegründet worden und hat laut eigener Aussage seitdem 94 Organisationen finanziell unterstützt und über eine Million Aktivisten mobilisiert ([https://praxistipps.focus.de/wer-finanziert-die-letzte-generation-erklaert\\_153804](https://praxistipps.focus.de/wer-finanziert-die-letzte-generation-erklaert_153804)).

In ihrem Transparenzbericht des Jahres 2022 gab die „Letzte Generation“ an, Einnahmen von insgesamt über 900.000 Euro erzielt zu haben. Über 890.000 Euro kamen demnach durch Spenden über Paypal und Direktüberweisungen sowie Sammelspenden und Crowdfunding zustande. Demgegenüber stehen Ausgaben von knapp 534.000 Euro. Nach einem Startbudget von nur 15.000 Euro und einem großen Einnahmen-Überschuss erwirtschafteten die Klima-Kleber einen Gewinn von über 383.000 Euro ([www.merkur.de/deutschland/klima-kleber-aktivisten-spenden-einnahmen-ausgaben-letzte-generation-finanzbericht-finanzierung-92245445.html](http://www.merkur.de/deutschland/klima-kleber-aktivisten-spenden-einnahmen-ausgaben-letzte-generation-finanzbericht-finanzierung-92245445.html)).

Ungeachtet der gesellschaftlichen Kritik an ihren Aktionen hat die Gruppierung „Letzte Generation“ eine Ausweitung ihrer radikalen Proteste angekündigt. Derweil fordert die Gewerkschaft der Polizei (GdP) eine Verbotsprüfung der Gruppierung ([www.tagesschau.de/inland/letzte-generation-kritik-101.html](http://www.tagesschau.de/inland/letzte-generation-kritik-101.html) und <https://taz.de/Blockaden-im-Faktencheck/!5890167/>).

